

monatliche Pro-Kopf-Einkommen einer Familie 3.200 Yuan, während das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen unter 100 Yuan lag. (XNA, 9.7.94)

Auch für die städtischen Einwohner der Provinz Zhejiang war der Einkommensanstieg höher als der Preisanstieg. So zeigt eine Stichprobenerhebung in 1.510 städtischen Familien, daß das Familieneinkommen um nominal 42,9% und real um 13,3% im 1.Halbjahr 1994 gestiegen ist und durchschnittlich bei 2.284 Yuan lag. Auch hier wird die Erhöhung von Löhnen und Zusatzleistungen als wesentlicher Grund für die Einkommenserhöhung angesehen; außerdem hätten mehr Pensionäre eine Zusatzbeschäftigung gefunden, und die Einkommen aus Vermögen seien gestiegen. (XNA, 28.7.94) -schü-

*(30)

Bestimmungen der SPK zur Entwicklung der Automobilindustrie

Die *Renmin Ribao* veröffentlichte am 4.7.94 ein Dokument der Staatlichen Planungskommission (SPK) zur Industriepolitik gegenüber der Automobilindustrie, das bereits am 19.2.94 von der SPK verabschiedet worden war.

Das Dokument ist sehr umfangreich und geht ausführlich auf einzelne Aspekte der Industriepolitik gegenüber der Automobilindustrie ein. Die Bestimmungen sind in folgenden acht Kapiteln zusammengefaßt:

- Ziele der Industriepolitik und Schlüsselfragen der Produktentwicklung
- Produktzertifikate [Zulassung]
- Industriepolitik gegenüber den Unternehmen
- Technologiepolitik
- Investitions- und Finanzierungspolitik
- Nutzung ausländischen Kapitals
- Importkontrolle
- Exportkontrolle
- Lokale Fertigungsanteile
- Verbraucher- und Preispolitik
- Sonstige industrie- und sozialpolitische Maßnahmen
- Industriepolitische Maßnahmen, Planung und Projektkontrolle
- Sonstige Aspekte

Durch die Umsetzung der industriepolitischen Vorgaben für die Automobilindustrie soll dieser Sektor bis zum

Jahre 2000 in der Lage sein, mit seinem Gesamtoutput die inländische Nachfrage zu 90% zu befriedigen. Der Anteil der Pkw am Gesamtoutput soll über 50% betragen und im wesentlichen die Nachfrage der privaten Haushalte decken.

Durch die Reorganisation der Industrie sollen schrittweise drei bis vier große Unternehmensgruppen gebildet werden, die bis zum Jahre 2010 international konkurrenzfähig sein sollen. -schü-

Taiwan

*(31)

Beziehungen zu Mittelamerika und Afrika

Der Präsident von Guatemala, Ramiro de Leon Carpio, stattete Taiwan vom 5. bis 9. Juli in Begleitung seines Außen- und Wirtschaftsministers, des Generalstabschefs des Verteidigungsministeriums, des Vizeministers für Finanzen u.a. einen fünftägigen Staatsbesuch ab. Im Gemeinsamen Kommuniqué kündigten er und sein Amtskollege Li Denghui (Lee Teng-hui) an, in Kürze eine Vereinbarung zur Investitionsgarantie unterzeichnen zu wollen; beabsichtigt sei auch die Unterzeichnung eines Handelsvertrages. Damit will Guatemala Investitionen taiwanesischer Unternehmen anziehen. De Leon Carpio bekräftigte die Unterstützung seiner Regierung für den Anspruch Taiwans auf eine Beteiligung in der UNO. (LHB, 10.7.94; ZYRB, 11.7.94; FCJ, 11.7.94)

Unterstützung für Taiwans Rückkehr in die Weltorganisation bekundeten auch die Außenminister von Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Costa Rica, der Vizeaußenminister von El Salvador und der Minister für Naturressourcen von Belize auf der 3. Tagung der Gemischten Kommission mittelamerikanischer Staaten und der Republik China vom 12. bis 13. Juli in Taipei. Taiwans Außenminister Qian Fu (Frederick Chien) vereinbarte mit den Vertretern der sieben mittelamerikanischen Staaten eine Reihe von Projekten zur politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ent-

wicklung in der Region. (ZYRB, 15.7.94; CP, 14.7.94; FCJ, 15.7.94) Wie berichtet, hatte Präsident Li Denghui im Mai d.J. Nicaragua und Costa Rica und Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) Ende Mai/Anfang Juni El Salvador und Guatemala besucht. (Siehe C.a. Mai 1994, Ü 31, und Juni 1994, Ü 28.)

Anschließend an seine Mittelamerika-reise war Li im Mai in Südafrika und Swasiland zu Besuch. Vom 18. bis 22. Juli hielt sich der Präsident von Burkina Faso (früher: Upper Volta), Braise Campaore, zu einem offiziellen Besuch in Taiwan auf. Im Gemeinsamen Kommuniqué befürwortete Campaore zwei "parallele Repräsentationen" für Taipei und Beijing in der UNO. Er erklärte auf einer Pressekonferenz, die UNO habe keinen Grund, die 21 Millionen Einwohner in Taiwan zu ignorieren. Ferner werde seine Regierung eine Vermittlerrolle zwischen Taiwan und anderen westafrikanischen Staaten übernehmen. Die Zusammenarbeit zwischen Burkina Faso und Taiwan könne ein Vorbild für die anderen west- und zentralafrikanischen Staaten hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Taiwan sein. (LHB und CP, 23.7.94)

Burkina Faso hatte erstmals 1961 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1973 wurden sie infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing abgebrochen und Anfang Februar d.J. wieder aufgenommen, woraufhin Beijing seine Beziehungen zu Burkina Faso abbrach. Während Campaores Besuch in Taiwan wurde von den Außenministern beider Länder, Ablasso Quedraogo und Qian Fu, eine Vereinbarung zur Gründung einer gemischten Kommission zur Zusammenarbeit beider Seiten unterzeichnet. Bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen hatte Taiwan Burkina Faso Hilfe in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Industrie und Handel angeboten. Im letzten Jahr belief sich der bilaterale Handel auf 13 Mio.US\$ mit einem Exportüberschuß von 12,8 Mio.US\$ zugunsten des westafrikanischen Staates. Am 21. Juli eröffnete Burkina Faso seine Botschaft in Taipei.

Lateinamerika und Afrika gelten als die letzten Bastionen Taiwans im diplomatischen Verteidigungskampf gegen Beijing. Zur Zeit unterhält die Republik China auf Taiwan nur noch

mit 29 Staaten volle diplomatischen Beziehungen, davon 16 in Lateinamerika (Belizé, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay) und 8 in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik). Vor dem Präsidenten von Burkina Faso war Anfang Juni d.J. auch der Präsident von Niger, Muhamane Ousmane, auf Staatsbesuch in Taiwan (und nicht der "nigerianische" Präsident, wie aus technischen Gründen irrtümlich im Juni-Heft von C.a., Ü 27, gedruckt, *Anm.d.Red.*). -ni-

*(32)

Weißbuch über Taiwans Chinapolitik

Am 5. Juli veröffentlichte das Mainland Affairs Council (MAC), Taiwans Regierungsstelle für Angelegenheiten des chinesischen Festlands, eine "Darlegungsschrift zu den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße" (*Taihei liangan guanxi shuomingshu*) - das erste Weißbuch über die Chinapolitik Taiwans. Das umfangreiche Dokument mit rund 15.000 chinesischen Schriftzeichen stellt zunächst die Geschichte der Spaltung Taiwans vom chinesischen Festland dar. Die Regierung Taipei vertritt zwar die Ansicht, daß es nur ein China gebe, betont aber zugleich, daß Taiwan wie auch das Festland Teile Chinas seien. "Die KPCh ist nicht gleich China." Bevor eine Wiedervereinigung stattfände, müsse akzeptiert werden, daß beide Seiten separate Regierungen hätten und somit ein Recht darauf besäßen, parallel in der internationalen Gemeinschaft vertreten zu sein.

Zur Wiedervereinigung Chinas lehnt Taipei das von Beijing vorgeschlagene Modell "ein Staat, zwei Systeme" ab, da "ein Staat" nach der Interpretation Beijings die Volksrepublik China unter kommunistischer Regierung und Taiwan lediglich ihre Sonderverwaltungszone sei. Dies bedeute die vollständige Kapitulation der Republik China gegenüber den chinesischen Kommunisten. Für Taiwan stellt sich das Ziel der chinesischen Wiedervereinigung als ein langer Prozeß dar. Gegenwärtig gebe es "ein China, zwei gleichberechtigte politische Gebilde". Das Weißbuch verweist darauf, daß Taipei bereits den Anspruch auf Alleinvertre-

tung für Gesamtchina und Gewaltanwendung bei der Verfolgung des Ziels der Wiedervereinigung aufgegeben habe. Auch Beijing solle auf Gewaltanwendung gegen Taiwan verzichten und es international nicht isolieren. Die Erfahrung Deutschlands zeige, daß die Mitgliedschaft beider Regierungen eines geteilten Landes in der internationalen Gemeinschaft ihre Wiedervereinigung nicht verhindere. Im Gegenteil, es könne zur Entspannung beider Seiten beitragen und günstige Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung schaffen. Als Beispiel wird auch die Vereinbarung zwischen Nord- und Südkorea vom Dezember 1991 über Versöhnung, Nichtangriff, Zusammenarbeit und Austausch beider Seiten erwähnt.

Auf der anderen Seite seien nach dem Ende des kalten Krieges die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Jugoslawien zerfallen, weil die dort lange Zeit unterdrückten Völker ihre Unabhängigkeit gefordert hätten. Sollten sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nicht positiv entwickeln, so eine Warnung des Weißbuches, könnte auch der Separatismus in Taiwan zunehmen. Die chinesische Wiedervereinigung müsse unter dem Prinzip von Frieden, Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil verfolgt werden, und sie habe erst Sinn, wenn alle Chinesen Demokratie, Freiheit und Wohlstand genießen könnten. Daher fordere Taiwan die KPCh auf dem Festland auf, die Wirtschaftsreformen zu beschleunigen und ebenfalls umfassende politische Reformen durchzuführen. (Text in ZYRB, 7.7.94; eine nach Redaktionsschluß eingegangene vollständige deutsche Übersetzung wird als Dokument im nächsten Heft von C.a. abgedruckt.)

Das Außenministerium in Beijing begrüßte durch seinen Sprecher Shen Guofeng am 7. Juli zwar Taiwans Standpunkt von "einem China" in dem Weißbuch, kritisierte aber die Äußerungen von "einem China mit zwei gleichberechtigten politischen Gebilden" und den Anspruch Taiwans auf Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Dies erwecke den Anschein von "zwei Chinas", was Beijing entschieden ablehne. (XNA, 7.7.94; SWB, 14.7.94; DGB, 9.7.94)

Ähnlich lautete auch der Kommentar eines Sprechers des Büros für taiwanische Angelegenheiten unter dem Staatsrat (Regierung) in Beijing am 12. Juli (XNA, 13.7.94; DGB, 14.7.94).

Beijing hatte sein Weißbuch bereits im August 1993 unter dem Titel "Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas" veröffentlicht (siehe dazu C.a., Sept. 1993, S. 942 ff.). -ni-

*(33)

Weitere Verfassungsänderung

Nach drei Monate langen heftigen Auseinandersetzungen wurden in der Nacht zum 29. Juli unter chaotischen Zuständen die neuen Ergänzungs- und Änderungsartikel zur Verfassung der Republik China von der Nationalversammlung verabschiedet. Die wichtigste Änderung ist, daß der Staatspräsident und sein Stellvertreter künftig statt von der Nationalversammlung vom Volk direkt gewählt wird. Ihre Amtsperiode wird von sechs auf vier Jahre reduziert. Bei der Besetzung von hohen Ämtern durch den Staatspräsidenten, die der Zustimmung der Nationalversammlung und des Gesetzgebungsorgan bedarf, ist nicht mehr die Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten erforderlich (Art. 2). Herabgesetzt ist auch die Legislaturperiode der Nationalversammlung von ebenfalls sechs auf vier Jahre. Von nächster Legislaturperiode an wird ein Sprecher und Vizesprecher der Nationalversammlung durch die Deputierten gewählt. Außerdem bestimmt die Nationalversammlung selbst anstelle des Gesetzgebungsorgan die Verfahren zur Ausübung ihrer Befugnisse. (Art.1)

Meinungsverschiedenheiten über die neue Verfassungsänderung gibt es nicht nur zwischen der Regierungspartei Kuomintang (KMT) und der größten Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP), sondern auch unter den KMT-Deputierten. Die DPP-Abgeordneten, die eine Abschaffung der Nationalversammlung befürworteten, verließen, nachdem sie vergeblich die Stärkung der Position der Nationalversammlung durch die o.g. Einführung eines Sprecheramts zu verhindern versucht hatten, aus Protest den Sitzungssaal.

Nach dem DPP-Boikott stritten die KMT-Deputierten unter sich leidenschaftlich über das Recht von Überseechinesen zur Wahl des Präsidenten: der sog. "Hauptströmung"-Flügel war dagegen und der "Nicht-Hauptströmung"-Flügel dafür. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, daß die im Ausland lebenden Bürger Taiwans nur persönlich in Taiwan an der Wahl des Staatspräsidenten und Vizepräsi-

dentem teilnehmen dürfen (Art. 2). Ein Entwurf der Regierungspartei zur Verlängerung der Legislaturperiode des Gesetzgebungsorganes von drei auf vier Jahre, um sie der Amtsperiode des Staatspräsidenten anzupassen, wurde abgelehnt.

Die Verfassung der Republik China ist eigentlich eine Mischkonstruktion von parlamentarischer und präsidentieller Demokratie. Durch die neue Verfassungsänderung hat sich das dualistische Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten als Staatsoberhaupt und dem Ministerpräsidenten als Regierungschef sowie der Gegensatz zwischen der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungsorgan eher weiter verschärft als vermindert.

Seit 1991 sind die Ergänzungs- und Änderungsartikel dreimal geändert worden. Die neue Änderung umfaßt insgesamt zehn Artikel, acht Artikel weniger als in der vorhergehenden Fassung, wobei die ursprünglichen Artikel 11-18 nicht aufgehoben wurden - was als großes Versäumnis angesehen wird. [Text der neuen Verfassungsänderung in Chinesisch ist im Dokumententeil dieses Heftes abgedruckt.] -ni-

*** (34)**
Wiederbelebte Investitionstätigkeit aus dem Ausland

Nach vier Jahren mit rückläufiger Entwicklung sind die von Taiwan genehmigten Investitionen aus dem Ausland im 1. Halbjahr d.J. wieder kräftig gestiegen. Ihr Umfang betrug 639,1 Mio.US\$, 49% mehr als im Vergleichszeitraum 1993, wovon 580,3 Mio.US\$ auf Investitionen von Ausländern entfielen und 58,8 Mio. auf die von Überseechinesen. Unter den Ausländern hatten die japanischen Investitionen mit einem Volumen von 153,3 Mio.US\$ einen Anstieg von 101% und die amerikanischen mit 107,2 Mio.US\$ einen Anstieg von 118% zu verzeichnen. Bei den überseechinesischen Investitionen nahmen die aus Hongkong mit 22 Mio.US\$ um 508% zu. Die Investitionen von Überseechinesen aus Singapur, die vor einem Jahr bei Null gelegen hatten, beliefen sich im 1. Halbjahr 1994 auf 598.000 US\$, während die überseechinesischen Investitionen aus Japan, den Philippinen und den USA gesunken sind.

Auch die Auslandsinvestitionen Taiwans haben im gleichen Zeitraum erheblich zugenommen, sie betragen

936,25 Mio.US\$, 54% mehr als im 1. Halbjahr 1993. Darüber hinaus genehmigte Taiwan Investitionen auf dem chinesischen Festland in Höhe von 434,7 Mio.US\$. Im einzelnen beliefen sich die Investitionen Taiwans im 1. Halbjahr d.J. in Malaysia auf 103 Mio.US\$, ein Anstieg von 145% gegenüber dem Vergleichszeitraum, in Singapur auf 35 Mio.US\$ (+114%), in Thailand auf 39 Mio.US\$ (+103%), in den Philippinen auf 6,5 Mio.US\$ (+76%) und in Vietnam auf 31 Mio.US\$ (+3%). Hingegen sind sie in Indonesien - vermutlich aufgrund der antichinesischen Unruhen dort - um 53% auf 5,7 Mio.US\$ gefallen. (LHB, 15.7.94; FCJ, 22.7.94) Es wird erwartet, daß Taiwans Investitionen in Südostasien bis Ende d.J. kumulativ die 15-Mrd.US\$-Marke überschreiten werden. (FCJ, 29.7.94) -ni-

Hongkong und Macau

*** (35)**
Politischer Tiefdruck über Hongkong

Die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes für mehr Demokratie bei den kommenden Hongkong-Wahlen 1994-95, den letzten unter der britischen Kolonialregierung, Ende Juni durch den Legislativrat hat, wie berichtet (C.a., Juni 1994, Ü 32), die chinesische Regierung in Beijing, die 1997 Hongkong zurücknehmen wird, sehr verärgert. Zur Aufbesserung des politischen Klimas besuchte der für Hongkong zuständige Staatsminister im britischen Außenministerium, Alastair Goodlad, vom 14. bis 20. Juli China. Während Goodlad das Ergebnis seines Besuchs als positiv bezeichnete, dämpfte die chinesische Seite seine optimistischen Äußerungen und warf den Briten vor, zur Irreführung der Öffentlichkeit bewußt einen falschen Eindruck zu erwecken. Sein Wunsch nach einem Treffen mit dem Direktor des dem Staatsrat unterstehenden Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau, Lu Ping, wurde schlichtweg abgelehnt. Bei seinen Gesprächen mit Außenminister Qian Qichen und Vizeaußenminister Jiang Enzhu fand der britische Vorschlag, trotz politischer Uneinigkeit in bezug auf Hongkong über Zusammenarbeit in anderen Gebieten zu reden, keine Zustimmung. Qian verlangte von den Briten Zusammenarbeit in allen Bereichen, also

Rücknahme der politischen Reformen in Hongkong. (DGB, 16.-22.7.94; SCMP, 16.7.94; FT, 16.-18.7.94; IHT, 21.7.94)

Offenbar infolge des politischen Tiefdrucks steigt in der Bevölkerung wieder verstärkt die Nachfrage nach britischen Pässen. Chancen bestehen nur noch für 13.000, aber 42.000 Anträge wurden eingereicht. (IHT, 13. und 14.7.94) -ni-

*** (36)**
Portugals Verfassungsgericht prüft Auslieferungen von Chinesen von Macau nach China

Portugals Verfassungsgericht hat am 12. Juli die Auslieferung von vier Chinesen mit ausländischen Pässen von Macau nach China vorläufig gestoppt, weil ihnen in China wegen Mord, Drogenhandel und Korruption die Exekution drohen könnte. Die portugiesische Verfassung verbietet Auslieferungen an Länder, deren Gesetze für diese Verbrechen die Todesstrafe vorsehen. In Macau wurden Auslieferungsbegehren Chinas bisher gemäß eines geltenden Gesetzes gehandhabt, das vor der gegenwärtigen Verfassung von 1976 in Kraft trat. Es sieht vor, daß einem Auslieferungsbegehren dann stattgegeben werden kann, wenn Garantien zur Nichtanwendung der Todesstrafe bestehen.

In den vergangenen zehn Jahren wurden Verbrecher von der Polizei in Macau ohne Gerichtsurteil an China übergeben. Seit der Einführung des neuen Justizsystems in der portugiesischen Enklave 1992 und besonders seit Einsetzung eines High Court of Justice i.J. 1993 gilt das gerichtliche Auslieferungsverfahren.

Im o.g. jüngsten Fall wandte sich der Verteidiger der Betroffenen an das Verfassungsgericht in Lissabon, nachdem Macaus oberstes Gericht als bisher höchste Instanz aufgrund der chinesischen Garantien die Auslieferungen bestätigt hatte. Dieses hat nun entschieden, tatsächlich für solche Rekurse zuständig zu sein. Sollten diese rechtzeitig eingereicht werden, darf gegen Ende d.J. ein definitiver Entscheid zu den Auslieferungen erwartet werden.

Auch die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg kümmert sich um diese Sache. Sie will aber erst den letzten Entscheid des portu-